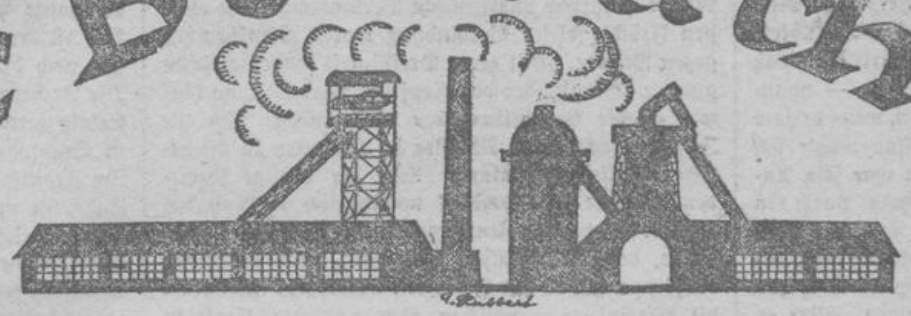
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

3. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich Mk. 4.50** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1.**	Samstag, 27. Aug. 1921	**Anzeigen**, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. **Die Kleinzeile kostet Mk. 0.50**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	35. Folge

Inhalt der Nummer:

Erzberger und kein Ende. Von Dr. Eduard Stadtler.
Briefe von Siegerländern aus Mexiko. Von Dr. Hans Kruse. (Forts.)
Unsere Steuerpolitik.
Was ein Demokrat zu den Wirth'schen Steuerplänen sagt.
Die Unerfüllbarkeit des Reparations-Ultimatums.
Das Unsoziale des Sozialismus. Von Univ.-Prof. Dr. Lent.
Friedensvertrag (Deutsche Kolonien).
Den Finger drauf.
Äußerungen Stresemanns zur Lage.
Aus der Partei.

Erzberger und kein Ende.

Von Dr. Eduard Stadtler.

„Die Grenzboten", Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst, bringen in ihrer Sondernummer, Heft 30/31, nachstehenden Aufsatz, den wir glauben, unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen.

Der Reichsausschuß der Zentrumspartei, der am 29. Juni in Berlin zwecks Erledigung des „Falles Erzberger" tagte, hat sich zu einer kraftvollen Entscheidung nicht aufschwingen können. Nach eingehenden Beratungen, an denen auch Erzberger entgegenkommenderweise teilnehmen durfte, kam man zu einem mehr als schwächlichen Kompromiß. Da am gleichen Tage die Gerichtserklärung veröffentlicht wurde, in der die Einstellung des gegen Erzberger schwebenden Meineidsverfahrens bekannt gegeben wurde, nahm der Reichsausschuß eine Art Resolution an, in der den Freunden Erzbergers zulieb die Genugtuung der Partei über den Beschluß des Gerichts ausgesprochen wurde. In der politisch entscheidenden Frage der weiteren Teilnahme Erzbergers am öffentlichen Leben sah der Reichsausschuß von einer eigenen Beschlußfassung gab. Erzberger bequemte sich zu einer Erklärung, in der er Wert auf die Feststellung legte, daß er seinen Wiedereintritt in die parlamentarische Politik von der Gesamtlage abhängig machen und im übrigen alle nötige Rücksicht auf die Einigkeit der Partei nehmen werde.

Will man die Haltung des Reichsausschusses verstehen, will man die politische Tragweite der neuesten Erzbergerkrise ermessen, dann bedarf es zunächst einer kurzen zusammenfassenden Betrachtung über die Entstehung und den Verlauf der Krise.

*

Am 12. März 1920 wurde vom Moabiter Gericht das Urteil im Prozeß Helfferich-Erzberger gesprochen. In diesem Urteil hieß es: „Die vom Angeklagten (Helfferich) erhobenen Beschuldigungen (gegen Erzberger) gliedern sich in 4 Gruppen: 1. Vermischung politischer Tätigkeit und eigener geschäftlichen Interessen, 2. Unwahrhaftigkeit, 3. Unanständigkeit, 4. Politische Tätigkeit zum Nachteil Deutschlands. Der Angeklagte hat den Wahrheitsbeweis angetreten. Das Gericht hatte daher die Berechtigung, diese Vorwürfe zu prüfen. Der Wahrheitsbeweis ist im wesentlichen gelungen." In der Begründung wurde Erzberger als ein Mann „von bedauerlichem Mangel an Urteilskraft und erstaunlicher Ungenauigkeit in allen Dingen" bezeichnet. Es wurde ihm in mehreren Fällen „unzulässige Vermischung der parlamentarischen Tätigkeit mit eigenen Geldinteressen" vorgeworfen. Es wurde ihm bescheinigt, daß er „offenbar seine amtlichen Kenntnisse benutzt habe, um Vorteile zu erreichen". Es wurde ihm an vielen Einzelheiten nachgewiesen, daß er „unwahrhaftig" sei. Und auch „Unanständigkeit" ward Erzberger bescheinigt.

Das war im Grunde genommen das Todesurteil für den Zentrumspolitiker Erzberger. Leider fand die öffentliche Meinung keine Zeit, das moralische Vernichtungsurteil mit ihrer eigenen, auch einem Erzberger imponierenden Wucht, zu unterstreichen. Denn am Tage nach dem Gerichtsurteil, am 13. März, brach der Kapp-Putsch aus. Ein Ereignis, das in sich selbst und durch seine Folgewirkung alles Vorhergehende überschattete und somit auch den Fall Erzberger aus dem Gesichtskreis des deutschen Volkes verdrängte. Ja, der mißlungene Staatsstreich der Extremen rechts hatte einen Stimmungsumschlag zur „demokratischen Mitte" zur Folge, wovon auch Erzberger als Exponent dieser Demokratie profitierte. Und so kam es, daß bei der Kandidatenaufstellung für die Reichstagswahlen des Frühsommers 1920 auch Erzberger ungeniert auftauchte. Zwar hatte sich der Reichsausschuß der Zentrumspartei am 19. April zu einer Beratung zusammengefunden, in der nach einem Referat Fehrenbachs mit 49 gegen 10 Stimmen beschlossen wurde, den Abgeordneten Erzberger zu ersuchen, nicht mehr für den Reichstag zu kandidieren; aber Erzberger kandidierte doch, weil er den „Wunsch seiner Wähler" für gewichtiger hielt, als den Willen und den Beschluß der höchsten Parteiinstanz. (Wie hätte wohl Erzberger im Jahre 1912 gegen Martin Spahn gezetert, wenn dieser dem Wunsche seiner Wähler entsprechend gegen den Wunsch der Parteiführung sich in Warburg-Höxter hätte aufstellen lassen!) Erzberger war ja von jeher „Volksvertreter" gegen jegliche „Obrigkeit" (wenn er nicht selbst zugleich Obrigkeit war) und fühlte sich auch jetzt in seinem Trotz gegen die Parteiführung vom sogenannten Willen der Massen getragen. Am 6. Juni wählten die Biberacher den gerichtsnotorisch unwahrhaftigen, unanständigen und korrupten Herrn Erzberger abermals als Abgeordneten in den Deutschen Reichstag.

Was sollte nun die Partei, was sollte die Reichstagsfraktion mit dem auserwählten Gewählten machen? Hatte das Zentrum eine kraftvolle Führung, so war die Entscheidung einfach und klar. Man hätte kurz und bündig Herrn Erzberger bescheinigt, daß er als Fraktionsloser, als „Wilder" im Reichstag nach Belieben schalten und walten könne, daß er aber als Zentrumsabgeordneter nicht mehr in Frage käme. Zu solchem Entschluß war die Zentrumsführung zu schwach. Als am 24. Juni der Reichsausschuß der Partei sich mit der Angelegenheit befaßte, fand er nur einen formal-juristischen Ausweg: Herr Erzberger habe gegen das Urteil des Moabiter Gerichts Revision eingelegt, der Prozeß sei also keineswegs endgültig entschieden; man wolle die endgültige Stellungnahme des Reichsgerichts abwarten, um dann selbst endgültig Stellung nehmen zu können; Herr Erzberger müsse vorerst auf die Ausübung seiner parlamentarischen Rechte verzichten und politische Zurückhaltung üben.

Erzberger zog sich auch tatsächlich im Sommer 1920 nach Jordansbad zurück, um seine „Kriegserinnerungen" zu schreiben. Das Buch war von ihm zugleich als Rechtfertigungsbuch gedacht. Es dauerte nicht lange, und das Buch war mit Erzbergerscher Hast und Oberflächlichkeit zusammengeschrieben. Es „rechtfertigte" ihn zwar nicht. Es belastete ihn als politischen Menschen nur noch mehr. Aber das Qualitative war Erzberger stets Nebensache. Er beurteilt alle Dinge mechanisch quantitativ. Aber selbst von dieser quantitativ-materialistischen Weltanschauung aus mußte diese Sommerarbeit als durchaus minderwertig erscheinen. Der große Zeitgenosse war ein ganz anderes Tatenfeld gewöhnt. Mit Spannung sah er deshalb dem Reichsgerichtsurteil entgegen und nicht ohne inneren Druck dem dann zu erwartenden Richterspruch seiner Partei.

Im Dezember sprach das Reichsgericht sein Urteil. Beide Revisionen, sowohl die von Helfferich, wie die von Erzberger, wurden verworfen, und damit wurde das Moabiter Urteil vom 12. März für rechtskräftig erklärt. Der große Prozeß war endgültig entschieden.

Zuungunsten Erzbergers. Von Rechts wegen mußte nun sofort der Reichsausschuß der Zentrumspartei zusammentreten, den Tatbestand feststellen und als politische Körperschaft dazu Stellung nehmen. Was geschah indes? Die Zentrumspresse schwieg! Die Zentrumsfraktion schwieg! Der Reichsausschuß schwieg!

Dies Schweigen war Schwäche, ja Feigheit. Man fühlte sich Erzberger gegenüber im Nachteil. Fürchtete man seine Gegenmaßnahmen? War es wirklich so, daß einige Zentrumsgrößen — sit venia verbo — unangenehme Enthüllungen erwarten mußten, wenn er zum offenen Gegner der Partei wurde? Man wagte sich jedenfalls nicht an ihn heran. Zudem war sein Anhang nicht gering. Trotz der Verurteilung. Durch ein Vorgehen gegen Erzberger schien also auch die Einheit der Partei gefährdet. Auf die Absplitterung des bayerischen Zentrums konnte die Absplitterung des württembergisch-badischen Zentrums folgen. War es da nicht klüger, zu schweigen! Von den anderen Parteien hatte man ohnedies wenig zu fürchten. Die gesamte Sozialdemokratie stand ja auf seiten Erzbergers, weil sie in ihm den besten Sturmbock gegen die Rechte sieht, und verteidigte ihn gegen die ungerechte „Klassenjustiz". Die Demokratische Partei hatte sich mit dem Erzbergertum zum Teil so eingelassen, daß sie aus eigenem Interesse schwieg. Von der Deutschen Volkspartei glaubte man nichts Schlimmes erwarten zu müssen, da sie damals in der Regierung an das Zentrum gebunden schien. Die Angriffe der Deutschnationalen Partei waren weiter nicht gefährlich. Im Gegenteil. Mit dem Namen Helfferich konnte man in der demokratischen Mitte und weiter links alle kleinen Kinder schrecken. Und wenn die Deutschnationalen ihren Parteifuror nicht zügelten, so konnte man in der Defensive den Block der Mitte nur um so fester schmieden. Schwieg man den Fall Erzberger tot, so ließ sich demnach alles zum besten wenden. Kommt Zeit, kommt Rat!

Erzberger erfaßte geschickt die für ihn persönlich so günstige Lage und ging seinerseits sofort zum Angriff über. Er war ja nie ängstlich. — Schon im Januar 1921 nahm er wieder an den Sitzungen der Reichstagsfraktion teil. In einer dieser Sitzungen durfte er sogar eine mehrstündige Programmrede über die künftige Steuerpolitik halten. Warum sollte man ihm die „positive Mitarbeit" verbieten! Anfangs Januar nahm er als „prominente Persönlichkeit" auch an einer Zentrumstagung in Friedrichshafen teil. Wenigstens bezeichnete ihn als solchen der Bericht der — „Kölnischen Volkszeitung"! Mit dem führenden Zentrumsorgan in Württemberg und mit der „Germania" pflegte er intime publizistische Verbindung. Die edelsten Früchte dieser Verbindung waren Stinkbomben gegen Bayern. Mit einer Dreistigkeit sondersgleichen ging er alsbald über den Kopf der Parteileitung hinweg an die Bearbeitung der Volksmassen. Am 21. Januar sprach er zu Münster in Westfalen in öffentlicher Volksversammlung. Wie der dortige sozialdemokratische „Volkswille" nachträglich treffend bemerkte: „Gegen die Zentrmspolitik"! Das Zentrumsorgan, der „Münsterische Anzeiger", warf bescheiden die Frage auf, ob das Auftreten Erzbergers nicht etwa die Vereinbarung zwischen ihm und der Fraktion breche. Aber ganz bescheiden. Münster war ein Bombenerfolg. Dem politischen Matador wurden sogar Blumen überreicht. Nach diesem Erfolg am Hauptsitz des agrarischen Zentrums des katholischen Westfalen wurde Erzberger noch dreister. Er ließ sich nach München-Gladbach, dem Sitz des Volksvereins für das katholische Deutschland bitten. Der dortige Redakteur Elfes von der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" ging bei der Veranstaltung selbständig vor. Trotz Veto des Arbeitsministers Dr. Brauns, womit gewissermaßen der Einspruch der Partei und der christlichen Gewerkschaften zugleich ausgesprochen wurde, fand die sensationelle Kundgebung für Erzbergers Programm, den christlichen Solidarismus, statt. Wieder ein glatter Erfolg. Das Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands druckte die Rede im Wortlaut ab, und ließ sie als Propagandaschrift erscheinen.

Man horchte auf. Die Zentrumspresse, an ihrer Spitze die „Kölnische Volkszeitung", berichtete „objektiv" über die neue Erzberger-Tätigkeit, das heißt, sie verbeugte sich vor dem Erfolg und machte für den christlichen Solidarismus Erzbergers die nötige Spalten-Reklame. Die Führung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung gab sich damit nicht zufrieden. Der Arbeitsminister Dr. Brauns und der preußische Ministerpräsident Stegerwald, die verantwortlichen Führer des katholischen Flügels der Christlich-nationalen Arbeiterbewegung, fühlten sich durch den sogenannten christlichen Solidarismus und die Werkgenossenschaftspropaganda Erzbergers ins Gesicht geschlagen. Der Kerl brachte ja mit seinen Ideenverfälschungen, mit seiner aufdringlichen Propaganda, nicht zuletzt mit seiner Kritik an der Zentrumsführung die ganze Partei in Aufruhr. Höchst unangenehm! Bei all den Regierungssorgen im Reich und in Preußen noch den Erzbergerstunk in der eigenen Partei! Die Erzbergerei breitete sich wie eine Pest aus. Vom Erfolg getragen, wanderte Erzberger selbst von Stadt zu Stadt. Ein Massentriumph folgte dem andern. Im Frankfurter Hippodrom sprach er vor fünftausend Zuhörern und ließ sich von begeisterten Massen zum Hotel begleiten. In den rheinisch-westfälischen Arbeiterhochburgen ließ er sich von den Arbeitern auf die Schultern heben. In Hagen, in Iserlohn, in Schwelm, in Bochum tauchte er auf und ließ sich als Retter in der Not preisen. Einen Höhepunkt bildete in Düsseldorf am 22. Mai das goldene Jubelfest eines katholischen Arbeitervereins. Erzberger mußte gleich in zwei großen Parallelversammlungen sprechen. Am Erzbergerfest nahm die gesamte Geistlichkeit von Düsseldorf und Umgebung teil, sowie auch der Kölner Weihbischof Dr. Lausberg. Um dieselbe Zeit veranstalteten seine Freunde ihm zu Ehren einen „internationalen Katholikentag", wobei sich Erzberger in Ermangelung von wirklichen Würdenträgern der Kirche wie ein Laienpapst gerierte.

Das war die berühmte „politische Zurückhaltung" des unwahrhaftigen, unanständigen und korrupten Herrn Erzberger. Wenn es nicht in allen Einzelheiten nachzukontrollieren wäre, würde man geneigt sein, diese ganze Erzbergerei als einen faulen Witz zu bezeichnen. Es war eine nur zu traurige Wirklichkeit!

Das interessanteste an alledem war, daß Erzberger nicht etwa den demütigen Dienst an der Partei tat, um sich durch fleißige Propagandaarbeit zu rehabilitieren. Naive Gemüter in der Provinz mögen vielleicht die rastlose Agitations- und Aufklärungstätigkeit des „großen Staatsmannes" so aufgefaßt haben. Praktisch und inhaltlich war die ganze Tätigkeit Erzbergers gegen die offizielle Zentrumspolitik gerichtet. Erzberger machte kein Hehl daraus, daß er die jetzigen Autoritäten der Zentrumspartei mißachtete. Vom

Briefe von Siegerländern aus Mexiko.

Ein Beitrag zur Geschichte des deutsch-amerikanischen Bergwerksvereins 1823—1838.

Von **Dr. Hans Kruse**, Siegen.

31) (Fortsetzung.)

3. Die Entwicklung des deutsch-amerikanischen Bergwerkvereins bis zum Jahre 1828.

Als Friedrich Wilhelm Grube nach Deutschland zurückgekehrt war, trat für den deutsch-amerikanischen Bergwerksverein eine schwere Krise ein. Die durch Stein angekauften Gruben waren damals in vier Verwaltungsbezirke eingeteilt:

1. die Hauptinspektion von Chico, nordöstlich von Mexiko,
2. „ „ „ Zimapan, nordwestlich von Mexiko,
3. „ „ „ Angangueo, westlich von Mexiko,
4. „ „ „ Arriba de Temascaltepec, südwestlich von Mexiko.

Der Grubenbezirk von Chico galt als die Grundlage des ganzen Unternehmens. Er wies eine 16—18 Varas mächtige silberhaltige Gangmasse auf, in welcher Erze von 6—8 Mark und mehr im Zentner vorkamen. Der Betrieb war dort selbst während der Revolution ununterbrochen fortgesetzt worden. Da man auf Stollen baute, konnte die in Mexiko sehr kostspielige Wasserhaltung erspart werden. Die erforderlichen Taggebäude mit den Aufbereitungsanstalten, dem Hütten- und Amalgamierwerk waren größtenteils vollendet, und man hätte damals schon eine große Ausbeute erwarten dürfen, wenn es nicht in diesem Distrikt an genügenden Arbeitern gefehlt hätte. Die Ausbeutung betrug Anfang 1827 500 Pesos in der Woche, man hoffte aber, sie in kurzer Zeit auf 4—6000 Pesos steigern zu können.

In der Hauptinspektion von Zimapan lag die Grube Santa Rita, die sich schon frei baute und in wöchentlicher Ausbeute von 275 Pesos stand. Es lagen dort weiter vier Gold- und Silbergruben, von denen besonders Chalma und Santissima einen guten Ruf hatten. Außerdem gehörten noch vier Eisensteingruben zu dieser Inspektion, die der Verein durch Mutung erworben hatte, die aber noch nicht in Betrieb genommen waren, da es an den nötigen Mitteln fehlte. Nach dem Urteil der Agentschaft erhoffte man von diesen Gruben bei dem hohen Preis des Eisens in Mexiko und bei dem eigenen starken Eisenbedarf des Vereins einen Reinertrag von 10 000 Pesos. In dieser Inspektion lag weiter ein kleines Bleiwerk Saltillo, das deshalb wichtig war, weil es die Zuschlagerze für Chico lieferte. Im Real Pechuga lagen noch weitere sechs Gruben, mit der Hacienda Loreto, denen aber es noch ganz an Zugutemachungsanstalten fehlte und von denen daher nur eine schwach betrieben wurde. Die Agentschaft in Mexiko war der Ansicht, daß durch Verwendung einer mäßigen Summe zum Ausbau dieser Werke die Mittel gewonnen werden könnten, um sämtliche Gruben dieser Inspektion in Betrieb zu setzen.

Die dritte Hauptinspektion war Angangueo mit drei Gruben, ein Werk, welches schon in starker Förderung stand, die von Januar bis Juni 44 000 Pesos betrug. Das Werk hatte jedoch eine besonders kostspielige Wasserhaltung, deren Unterhalt sich wöchentlich auf 400 Pesos belief. Um diese großen Unkosten zu ersparen, hatte sich die Agentschaft entschlossen, eine Wassersäulenmaschine zu erbauen, wodurch sich die wöchentlichen Unkosten auf 50 Pesos herabmindern sollten. Um den Bau dieser Maschine zu bezwecken, mußten bis Juli 1827 12 000 Pesos auf die Silberproduktion zugelegt werden. Man erhoffte, nach Inbetriebnahme der Wasserhaltung, eine wöchentliche Produktion von etwa 250 Mark Silber. Diese zur dritten Inspektion gehörigen Gruben waren nicht für eine bestimmte Zeit erworben oder gepachtet, sondern die Verträge waren so abgeschlossen, daß der Verein diese Betriebe für ewige Zeit behalten konnte.

Die vierte Hauptinspektion umfaßte die Gruben von Rincon, welche 23 Schächte auf einem Gange bauten, wo man aber Anfang 1827 nur mit der Aufräumung des zu Bruch gegangenen Stollens beschäftigt war. Nach Ansicht der Agentschaft war eine bedeutende Summe nötig, um diese Gruben aufzunehmen. In früherer Zeit hatte dieses Werk 1500—2000 Cargas Erze in einem Durchschnittsgehalte von dreiviertel Mark Silber pro Carga geliefert (1 Carga gleich 3 Zentner). Es sollten dort Erze bis zu 20 Mark gewonnen werden. Auch hier rechnete man damit, bei gewöhnlichem Ertrag

„alten Spahn" wurde draußen kolportiert, daß in der Meineidssache eigentlich der „alte Mann" auf die Anklagebank gehöre, aber nicht Erzberger, den Spahn dummerweise belastet habe. Vom Reichskanzler Fehrenbach wagte Erzberger in dessen Heimat Baden zu erklären, daß er wegen seiner Reichskanzlertätigkeit vor einen Staatsgerichtshof gehöre. Den Arbeitsminister Dr. Brauns ironisierte Erzberger in der gröblichsten Form ob seiner Amerika-Aktion in einem Düsseldorfer Wochenblatt des Zentrums und bezeichnete ihn in einem eigenen Aufsatz des Großmannschen „Tagebuch" als „amerikanischen Avantageur" (sic). Den Führer der Christlichen Gewerkschaften behandelte er aus vielerlei Gründen etwas gnädiger, ohne indes seine Mißstimmung über den Stegerwald-Kurs zu verbergen. Gegen die Partei, die unter der Führung von Dr. Brauns mehr nach rechts drehen wollte, gab er die Parole aus: Anschluß an die Linke, Kampf gegen die Rechte! Gegen die Autorität der Gewerkschaftsführung spielte er, katholisch integral wie in den schönsten Oppersdorf-Zeiten von 1909/10, die Autorität der geistlichen Führer der katholischen Arbeitervereine aus. In aller Öffentlichkeit arbeitete er am Sturz des Kabinetts Fehrenbach. Seine politischen Gegenwartsziele stellte er denen der eigenen Partei entgegen: Verdrängung der Deutschen Volkspartei in die Opposition, Erweiterung der Linksfront nach der U. S. P. D. hin, Umbildung des Preußenkabinetts gegen die beiden Rechtsparteien zugunsten der Sozialdemokratie, damit Sturz Stegerwalds, Kampf gegen das bayerische System, Kampf gegen Heim und Escherich, damit Sturz des Kabinetts Kahr, Expropriation des produktiven Großgrundbesitzes, Expropriation des produktiven Industriebesitzes, Kampf gegen die beiden Rechtsparteien, Kampf gegen jede nationale Widerstandsgesinnung, defaitistische Hingabe an die Entente, vor allem an Frankreich.

(Fortsetzung folgt.)

Unsere Steuerpolitik.

Das Reichskabinett ist offenbar ein Freund von Abschlagszahlungen. Nachdem man uns mehr oder weniger schonend vor einigen Wochen mit dem ersten Teil des Steuer-Buketts beglückt hat, ist jetzt die zweite Rate erfolgt, die sich ihrem ganzen Wesen nach von der ersten nicht unterscheidet. Jetzt ein endgültiges Urteil zu fällen, wäre voreilig. Aber das eine darf wohl gesagt werden: Man fühlt auch aus der neuen Unzahl von einzelnen Steuervorschlägen heraus, wie sehr sich das Reichskabinett und namentlich Reichsfinanzminister Dr. Wirth, der ja außerdem auch Reichskanzler ist, (man weiß nicht recht, ob er das eine im Haupt- und das andere im Nebenamt ist) in ehrlichem Bemühen abquälen, überall kleinere und größere Einnahmen aus Steuererträgen zusammenzukratzen. Nur schade, daß so viel heißes Bemühen kaum den erwünschten Erfolg haben kann. Natürlich ist es möglich, die Zahl der Steuern ins Ungemessene zu vermehren und hier und da mehr oder weniger hohe oder geringe Erträge zu erzielen. Wenn aber jeder große Zug, jeder einheitliche Gedanke, jedes wirkliche Steuerprogramm fehlt, dann bleibt alles nur Stückwerk, und zwar Stückwerk, das als solches die Gefahr in sich birgt, unsere gesamte Volkswirtschaft schwer zu schädigen.

Diese Einsicht vertieft sich immer mehr, auch weit hinein bis in die links von uns stehenden Parteien.

Was ein Demokrat zu den Wirth'schen Steuerplänen sagt.

In der Berliner Börsenzeitung Nr. 377 veröffentlicht der demokratische Reichstags- und badische Landtagsabgeordnete, Minister a. D. Hermann Dietrich, einen Aufsatz über die Wirthschen Steuervorlagen, aus dem wir im Nachstehenden bemerkenswerte Äußerungen bringen

„Man wird nicht sagen können, daß diese Steuervorschläge, die einer sorgfältigen Kritik noch bedürfen werden, sobald sie in ihrer endgültigen Fassung vorliegen, Neues oder gar neue Gedanken brächten. Es bewegt sich alles in den alten Bahnen. Auf der einen Seite Erhöhung der bereits bestehenden Steuern, auf der anderen Seite Umbau bereits bestehender Steuern.

Eine Hauptschuld an den mangelnden Einnahmen des Reichs trägt die Kompliziertheit der Gesetzgebung. Diese hat dazu geführt, daß, je umständlicher und verwickelter die Gesetze wurden, je öfter sie geändert wurden, desto mehr Möglichkeiten sich boten, die Gesetze zu umgehen, die Steuern zu hinterziehen.

Je höher die Steuern, desto größer der Anreiz zur Hinterziehung. Die Einkommensteuer hat im Rechnungsjahr 1920/21 mit nicht ganz 10 Milliarden noch nicht einmal so viel eroracht, wie die Länder vor dem Krieg an Einkommensteuer und Ergänzungssteuer erhoben haben, wenn man berücksichtigt, daß die Mark heute im inländischen Verkehr etwa den 12. Teil dessen wert ist, was sie vor dem Kriege wert war. Dabei war damals der höchste Steuersatz 5 Proz. in Preußen und in einzelnen Bundesstaaten 6 Proz., der höchste Satz der Reichseinkommensteuer aber ist, wie erwähnt, 60 Proz.

Wenn man sich einmal die Frage überlegt, aus was denn eigentlich die Steuern bezahlt werden, so wird man sehr rasch erkennen, daß sie letzten Endes, sie mögen sein und heißen, wie sie wollen, nur aus dem Einkommen bezahlt werden können. Wer seine Steuern aus seinem Einkommen nicht mehr bezahlen kann, wird früher oder später zusammenbrechen und sein Vermögen wird in Hände übergehen, die es so verwalten und verwerten, daß sie Steuern, die darauf ruhen, aus ihrem Einkommen bezahlen können. Die Zahlung aus der Vermögenssubstanz ist immer nur eine scheinbare. Wohl ist bei dem einzelnen Steuerzahler denkbar, daß er sein Vermögen verringert, indem er seine Forderungen an das Reich abstößt, indem er seine Objekte verkauft und den Erlös zur Steuerzahlung verwendet. Die Steuerzahler in ihrer Gesamtheit zahlen immer nur aus ihrem Einkommen, aus dem Volkseinkommen.

Man sieht an der Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland, daß, obwohl wir eine Einkommensteuer haben, die, richtig veranlagt und durchgeführt, bei der heutigen Höhe ihrer Sätze den größten Teil der Staatsbedürfnisse decken müßte, wir trotzdem von diesem idealen Ziele weit entfernt sind; im Gegenteil wir befinden uns im Rückzug. Die Höhe der Einkommen-

---

die aufzuwendende Summe in einem Jahre zu decken. Zu dieser Inspektion gehörten weiter fünf Gruben im Real del Christo, sowie vier Silbergruben im Real del Sultepec mit den Aufbereitungs-, Schmelz- und Amalgamieranstalten.

Insgesamt hatte die Gesellschaft bis 1824 24 Silbergruben, 4 Goldgruben, 1 Silber- und Goldgrube, 1 Bleigrube, 4 Eisensteingruben, 7 Amalgamierwerke (Haziendas) und 3 Schmelzhütten (Fundicion) erworben. Außer den Beamten, welche auf der Hauptagentschaft desVereins in Mexiko tätig waren, von denen Schleiden die kaufmännische und Wilhelm Stein und Fritz von Gerolt die technische Leitung hatten, beschäftigte der Verein Anfang 1827 auf diesen Gruben 58 deutsche Beamte und Knappen.*) Die meisten der Gruben waren durch sogenannte Avio-Verträge übernommen worden, durch welche die mexikanischen Eigentümer sich einen gewissen Anteil an der Ausbeute vorbehielten, ohne zu den Betriebskosten beitragen zu müssen. Bis der Eigentümer den vorbehaltenen Anteil an der Ausbeute beziehen konnte, mußte der Aviador, d. h. der Pächter der Grube, jährliche Renten, sog. Alimentos zahlen.

*) Ueber den Aufenthalt der deutschen, meist aus dem Siegerländer Grubenbezirk stammenden Bergleute schreibt Wilhelm Stein am 14. November 1826 folgendes nach Kirchen: Von den deutschen Arbeitern leben 22 in Chico, 8 in Angangueo, 3 in Zimapan, 2 in Real Arriba und 1 in Cristo. Unter den 22, welche sich in Chico aufhalten, sind Imhäuser, Latsch, Kaempfner, Bock und Wirth aus dem Berleburgischen; Hild und Thomas aus Oberscheld im Dillenburgischen. Von denen, welche in Angangueo leben, nenne ich den Schmied Mockenhaupt, Wilhelm Hebner, Stutte, den Mechanikus Schmidt, Neurath aus dem Bückeburgischen und Lindlohr aus Linz am Rhein. In Zimapan befinden sich der Schmelzer Ermert von Daaden und Johannes Schmidt aus Sachsen (dieser hat mehrere Jahre auf den Müsener Silberhütten gearbeitet). Die Vorgenannten sind meines Wissens Ihnen sämtlich bekannt, und von einem großen Teil derselben wohnen die Verwandten in der Nähe von Kirchen, denen es vielleicht zur Beruhigung dienen wird, von Ihnen direkte Nachricht über das Ergehen ihrer Angehörigen in Mexiko zu bekommen, um so mehr als Sie denselben die Versicherung geben können, daß sich alle wohl befinden. Im agentschaftlichen Hause in Mexiko halten sich außer mir, Herrn Schleiden und Herrn Sengstack folgende Deutsche auf: Kersten mit seiner Frau, der Schmied Ermert, der Sohn des Schmiedemeisters Peter Maus, Philipp (den Vater beabsichtigen wir wegen schlechter Aufführung nach Deutschland zurückzusenden), Philipp Biertimpel mit der Beaufsichtigung einiger Bauten im agentschaftlichen Hause beschäftigt, und der Sattler Soerrensen.

Schon vor der Revolution waren in Mexiko manche Gruben unbearbeitet geblieben, weil in größerer Teufe der Ertrag nicht mehr die Verwendungen deckte. Durch die Revolution waren zudem viele Gruben zerstört worden, und viel Kapital war aus Mexiko abgewandert. Als die politischen Verhältnisse nun die Wiederaufnahme des Bergbaubetriebes gestatteten, war fremdes Kapital nötig. Die Mexikaner verstanden es aber, der englischen Gesellschaft und offenbar auch dem deutschen Bergwerksverein vorzüglich solche Gruben durch die Avioverträge zu übergeben, welche große Kosten für die Instandsetzung und Neuanlage erforderten, während sie selbst die mit geringeren Kosten und weniger Schwierigkeiten verbundenen Werke wieder in Betrieb setzten. An den in den ersten acht Monaten des Jahres 1825 geförderten Gold- und Silbermengen im Werte von 7 889 044 Pesos waren die fremden Gesellschaften überhaupt noch nicht beteiligt und an der Förderung des Jahres 1827 von 14 Millionen Pesos hatten sie einen Anteil von kaum einem Siebtel.

Eine weitere Schwierigkeit lag in den oben schon erwähnten Verhältnissen der einheimischen Arbeiter. Das Hauptinteresse des mexikanischen Bergbaus scheint sich damals auf den Bezirk von Chico gerichtet zu haben. Auch die englischen Minenvereine von Guanaxuato und Real del Monte waren dort stark interessiert. Die Gesellschaften scheinen sich dort gegenseitig die Bergleute streitig gemacht zu haben. Für Lohn wollten nur noch wenige Leute arbeiten. Auf der Grube Arevalo, wo viele hundert Häuer hätten beschäftigt werden können, arbeiteten bis Anfang 1827 durchschnittlich nicht mehr als 10 Mann pro Schicht. Nachdem es gelungen war, im Frühjahr 1826 etwa 80—85 Bergleute aus entfernten mexikanischen Bergwerksbezirken durch einen gesetzlichen Kontrakt anzuwerben und nach Chico zu bringen, verließen sie nach Verlauf einer Woche sämtlich ihren Posten, teils aus Sehnsucht nach der Heimat, teils aus Furcht vor den Drohungen der eingeborenen Bergleute. Trotzdem für die Leute dort Wohnungen gebaut und ihnen große Vorteile zugestanden waren, ließen sie sich nicht halten und verdienten nicht einmal den ihnen vorgeschossenen Lohn ab.

steuer hat dazu geführt, daß sie zum größten Teil hinterzogen wurde.

Die Lehre, die aus diesen Vorgängen zu ziehen ist, ist die, daß die schönsten Gesetze nichts nützen, wenn sie nicht so gemacht sind, daß sie durchgeführt werden können; wenn der Staat nicht die Autorität hat, sie durchzusetzen, und die Beamtenschaft nicht die Fähigkeit, sie richtig anzuwenden. Alles, was wir jetzt machen, ist nur die Folge der Nichtdurchführung der Einkommensteuer. Darum muß der oberste Grundsatz für die kommende Steuergesetzgebung der sein, nur durchführbare Gesetze zu machen und nur solche, die der vorhandene Steuerveranlagungs- und Erhebungsapparat veranlagen und beitreiben kann. Sonst haben wir zwar weitere Steuergesetze, aber keine Mehreinnahmen

Die Unerfüllbarkeit des Reparations-Ultimatums.

Zwei Drittel des Einkommens für die Reparation

Der Verfasser des Werkes „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages", J. M. Keynes, veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" Gedanken über die wirtschaftliche Zukunft, wobei er hauptsächlich auf das neue Abkommen über die Reparationen zu sprechen kommt. Keynes stellt sich bezüglich der Erfüllbarkeit des Ultimatums auf den Standpunkt, der auch von uns immer vertreten worden ist: nämlich, daß es unerfüllbar ist. Keynes belegt seine Auffassung durch eingehende Berechnungen, denen wir folgendes entnehmen:

Nun kann Deutschland sicher am 30. August die fällige Rate zahlen, teils aus den vor dem 1. Mai angesammelten ausländischen Guthaben und teils auch aus dem Ertrag der Markverkäufe, die es in den letzten Monaten an den Börsen ausgeführt hat. Ferner wird es für die am 15. November 1921 und am 15. Januar 1922 fälligen Raten genügende Deckung finden durch die Kohlen- und sonstigen Sachlieferungen, die zwischen dem 1. Mai 1921 und dem letzten Datum erfolgen. Selbst die Februarrate 1922 ließe sich aus den bestehenden ausländischen Guthaben und aus den Erlösen des Exports und der Markverkäufe an den Börsen beschaffen. Aber schon die Zahlung am 15. April 1922 wird größere Schwierigkeiten bieten. Weitere Ratenzahlungen folgen dann schnell aufeinander mit 390 Millionen Goldmark am 15. Mai, 500 Millionen am 15. Juli und 390 Millionen am 15. August 1922. An einem bestimmten Zeitpunkt jedoch, der zwischen Februar und August liegen wird, muß Deutschland der unvermeidlich eintretenden Zahlungsunfähigkeit erliegen. Nur bis dahin reicht die Schonzeit, die gewährt ist.

Es gibt nur einen lichten Punkt in diesem dunklen Bilde. Wenn sich nämlich gewisse Kapitalien für die Zahlungen nutzbar machen ließen, so besäße Deutschland noch einen wichtigen Aktivposten, der bisher unberührt geblieben ist. Das ist das deutsche augenblicklich noch beschlagnahmte Eigentum in den Vereinigten Staaten. Sein Wert kommt nahe an zwei Millionen Goldmark heran. Wenn diese Summe entweder mittelbar oder unmittelbar für die Reparationen verwendet werden könnte, so ließe sich der Zusammenbruch entsprechend hinausschieben. Dasselbe würde sich erreichen lassen durch die Gewährung ausländischer Anleihen an Deutschland in einem ausreichenden Umfang, und sollten es nur dreimonatliche Kredite von Banken sein, gegen die Sicherheit des Goldes der Reichsbank. Aber all diese Mittel würden sich auf die Dauer als nutzlos erweisen.

Keynes setzt dabei im einzelnen auseinander, daß die Reparationen mehr als die ganzen Staatseinnahmen verschlingen würden. Er ist der Auffassung, daß sich zwar die Ausgaben reduzieren und die Einnahmen etwas erhöhen lassen, aber aus dem Staatshaushalt sei eine Deckung für die Reparationen nicht eher zu erwarten, bevor nicht die Ausgaben um die Hälfte vermindert und die Einnahmen verdoppelt worden sind. Dazu stellt er aber die sehr berechtigte Frage: „Sollte das jemand für möglich halten?" Er erwähnt dann die Kosten für den Unterhalt der Besatzungsarmeen und bemerkt dazu, es sei tatsächlich an der Zeit, daß man sich überlege

„ob man nicht ein im Jahre 1919 zwischen Clemenceau, Lloyd George und Wilson abgeschlossenes, in Paris unterzeichnetes Abkommen in Kraft treten lassen soll, wonach die von Deutschland für die Deckung der Okkupationskosten jährlich zu zahlende Summe auf 240 Millionen Goldmark zu beschränken ist, sobald die Alliierten „die Überzeugung gewonnen haben, daß Deutschland die für seine Entwaffnung gestellten Bedingungen in befriedigender Weise erfüllt hat". Wenn wir annehmen, daß diese reduzierte Ziffer im nächsten Jahre, wie es geschehen sollte, wirklich zur Anwendung kommt, so würden die auf Deutschlands Schultern gewälzten gesamten Lasten, für die Reparationen sowohl wie für die Besetzung, ungefähr 75 Milliarden Papiermark betragen."

Keynes kommt zu dem Ergebnis, daß die gegenwärtigen Kosten für die Staatsverwaltung samt den Ausgaben für die Reparationsansprüche für den Kopf der Bevölkerung für 1922 den Betrag von 3200 Papiermark ausmachen, während nach den letzten deutschen Statistiken das Einkommen des deutschen Volkes im Durchschnitt 4500 Mark beträgt. Dann kämen wir zu dem Ergebnis, daß nicht etwa nur die Hälfte, sondern gut zwei Drittel dieses Einkommens für die Reparationen beansprucht werden. Die erste Schlußfolgerung, die ich ziehe, ist also die, daß das neue Abkommen über die Reparationen zwar dem deutschen Volke eine Atempause bis 1922 gestattet; trotzdem bietet es ebenso wie seine Vorgänger keine Möglichkeit für eine dauernde Besserung.

Das Unsoziale des Sozialismus.

Von Univ.-Prof. Dr. Lent.

Die Sozialdemokratie hat seit ihrem Bestehen mit der Behauptung gekämpft, daß sie allein soziales Denken und Streben verkörpere, und in jahrzehntelanger Verhetzung die bürgerliche Ordnung als unsoziales Instrument reiner Ausbeutung dargestellt. Auf bürgerlicher Seite hat man dem insofern oft Vorschub geleistet, als man sein soziales Fühlen durch möglichste Annäherung an sozialistische Gedankengänge und Wünsche zu beweisen versuchte und deren völlige Erfüllung nur mit der Begründung ablehnte, sie sei bei den gegenwärtigen Verhältnissen, insbesondere beim Egoismus der Menschen nicht möglich. Gewiß ist das richtig und eine Warnung vor verhängnisvoller Illusionspolitik, welche mit Menschen rechnet, die es gar nicht gibt, sehr am Platze. Aber Ideale behalten ihre Zugkraft, auch wenn man ihre vorläufige Undurchführbarkeit nachweist. Darum muß eine zielbewußte Bekämpfung des unser Volk vergiftenden und zerspaltenden

---

Der große Eifer, mit dem nicht nur die deutsche Gesellschaft, sondern auch die englischen und mexikanischen an den Wiederausbau der verlassenen Gruben gingen, hatte eine Verteuerung aller Bergwerksmaterialien, als Bauholz, Grubenholz, Bausteine, Dachschindeln, Grubenseile, Talg, Glätte, Kohlen, Magistral usw. zur Folge. Die Preise dieser Dinge stiegen auf das drei- bis fünffache.

Mit diesen Schwierigkeiten hatte die Agentschaft des mexikanischen Bergwerksvereins zu rechnen. Es ist zweifellos, daß Wilhelm Stein, der mit einem ungeheuren Maß von Unternehmungsgeist ausgestattet war, sich und der Gesellschaft mit der weiten und schnellen Ausdehnung des Grubenbesitzes zu Großes zugemutet hatte. Bei der Schwierigkeit des Reisens (die Grubenbezirke lagen weit auseinander) war er oft wochenlang unterwegs, um dann der Elberfelder Direktion seine Berichte abzustatten. Diese Berichte, bei denen er namentlich von dem bergmännisch ausgebildeten Jos. Nöggerath, von dem Maschinenmeister de Berghes und von Spangenberg, dem leitenden Betriebsbeamten in Zimapan, unterstützt wurde — während Grubes Aufenthalt in Mexiko auch von diesem — lagen den Mitteilungen, welche die Gesellschaft der Generalversammlung vorlegte, zugrunde. Im Oktober 1827 erstattete die Direktion einen bei Samuel Lucas in Elberfeld gedruckten, 132 Seiten umfassenden Bericht, dem Grubenpläne, Grund- und Aufrisse der Hütten- und Amalgamieranlagen beigefügt waren. Auf Grund der mexikanischen Berichte hatte der Königliche Oberbergrat Heußler in Bonn, den die Gesellschaft zum technischen Konsulenten genommen hatte, diesen Bericht bearbeitet.

Die Aktionäre der Gesellschaft hatten Anspruch auf solch ausführliche Darlegungen, wenn auch den meisten von ihnen die technischen Ausführungen nicht viel zu sagen vermochten. Sie hatten solch einen Bericht um so ungeduldiger erwartet, als auf die große Begeisterung und auf das große Vertrauen, das man zunächst in das Unternehmen gesetzt hatte, ein bedenklicher Umschwung eingetreten war. Man hatte zunächst 1000 Aktien zu 500 Talern in einer ersten Serie zu 400 und einer zweiten zu 600 Stück ausgegeben. In der Generalversammlung vom 29. März 1826 war das Aktienkapital verdoppelt worden. Von den 1000 Aktien dritter Serie waren aber bis zur Generalversammlung vom 7. März 1828 nur 456 begeben. Im Jahre 1827 war der Geldbedarf stetig gestiegen. Der Versuch, eine Anleihe aufzunehmen, war fehlgeschlagen, die Rheinisch-Westindische Kompagnie, die im wesentlichen von den gleichen Kreisen getragene Schwestergesellschaft, hatte Wechsel des Bergwerksvereins in Höhe von 144 000 Thlrn. übernommen und drängte auf Zahlung. So blieb nichts anderes übrig, als zu Zubußen zu greifen. Schon die Generalversammlung vom 7. Oktober 1826 hatte eine Zubuße von 35 Prozent beschlossen, damals noch einstimmig. Am 10. Juli 1827 wurden weitere 10 Prozent Zubuße bewilligt und am 24. Okt. 1827 wieder 30 Prozent, die als Schlußzubuße mit 881½ gegen 663½ Stimmen beschlossen wurden. Es war vor allem der als Vertreter der Staatsregierung anwesende Düsseldorfer Regierungsrat Freiherr von Pestel, der mit Ewald Aders zusammen für die Annahme dieses Antrages sich einsetzte.

Der Aktionäre hatte sich eine große Unruhe bemächtigt, da alle möglichen Gerüchte aufgetaucht waren, daß der Chefagent die ihm erteilten Vollmachten mißbrauche, daß er, seine Brüder und andere Beamte auf Kosten der Gesellschaft in Mexiko ein großes Haus führten und daß Wilhelm Stein zum Schaden der Gesellschaft eigene gewinnbringende Geschäfte treibe. Schon 1825, als Christian und Gustav Stein wieder in Europa weilten, um Bergleute anzuwerben, traten, offenbar von Beamten des Oberbergamts in Bonn veranlaßt, Gerüchte auf, daß Christian Stein zum Nachteil der Gesellschaft handele, man warf ihm geradezu Betrug vor, er sollte die Gesellschaft um 10 000 Pesos geschädigt haben. Christian bat den Vater, in der Elberfelder Zeitung diesen offenbaren Verleumdungen entgegenzutreten. Es konnte aber nicht ausbleiben, daß bei der weiten Entfernung und bei dem großen Interesse, das die weitesten Kreise in Deutschland an dem Unternehmen hatten, jede Nachricht, die aus Mexiko kam, eifrig gehört und kolportiert wurde. Die Steins waren großzügig. Christian, der nur vorübergehend in den Diensten des Vereins gestanden hatte, war nach Äußerungen seines Bruders Wilhelm und auch nach Bemerkungen in Grubes Briefen zu schließen, allerdings auch zum Leichtsinn geneigt. Der Chefagent war vor Entschließungen gestellt, zu denen er die Zustimmung der

Marxismus auch zeigen, daß die vorgespiegelten Ideale in Wahrheit keine solchen sind. Nur dadurch können die Massen vom Banne des sozialistischen Dogma frei werden.

Nichts leuchtet dem Volke so ein, als die Beseitigung des großen Vorsprungs, den eine Minderzahl der Menschen vor der Mehrzahl durch das Erbrecht in Gestalt ererbter Geldmittel oder ererbter Stellung hat. Die Forderung, daß jeder seine Lebensbahn unter gleichen Bedingungen antreten muß, ohne vor dem anderen von vornherein etwas vorauszuhaben, muß als Fortschritt erscheinen gegenüber der bürgerlichen Ordnung, die durch das Erbrecht einige bevorzugt, indem sie sie in ein fertiges Unternehmen hineinstellt oder ihnen eine höhere Ausbildung ermöglicht. Zweifellos hat dieser alte Zustand schwere Mängel, die besonders durch Ausbildung Begabter ohne Rücksicht auf den Geldbeutel der Eltern ausgeglichen werden müssen. Aber die Durchführung des Sozialismus hat die verhängnisvolle Wirkung, daß den Eltern die Möglichkeit für ihre Kinder zu sorgen sehr eingeengt wird. Das eine große Mittel, nämlich durch Fleiß oder Sparsamkeit ein Vermögen zu erwerben oder ein Unternehmen zu gründen, auf dem die Kinder ein leichteres Leben aufbauen oder mit dem sie sich neue Lebensbahnen eröffnen können, ist mit Abschaffung des Erbrechtes erledigt. Zugleich fällt nun auch das Weiterarbeiten in dem Unternehmen des Vaters fort, das Weiterbauen auf der vom Vater gelegten Grundlage, die Anhänglichkeit an den von Generationen ausgeübten Beruf, das langsame Emporsteigen von einer Generation zur anderen. Es ist ein Grundfehler des Sozialismus, immer nur auf den einzelnen Menschen zu sehen, statt auf die ganze Geschlechterfolge, obwohl diese auch den einzelnen in seiner ganzen Persönlichkeit so stark beeinflußt. Wenn man weiterhin den Lebensweg jedes Menschen nur nach seiner Fähigkeit bestimmen läßt, so bedeutet das, daß es den Eltern auch verwehrt wird, über den Beruf ihrer Kinder eine Entscheidung zu treffen und ein Kind vielleicht mit Opfern in eine Laufbahn zu bringen, die ihnen richtig oder wünschenswert erscheint. Was wird aber damit angerichtet? Mit der Möglichkeit für die Kinder zu sorgen, ihnen den Lebensweg zu erleichtern, wird die Verantwortung für ihr Schicksal zum großen Teil den Eltern abgenommen, aber notwendig auch das so tief in den Menschen wurzelnde gute Streben, den Nachkommen den Lebensweg zu erleichtern, gelähmt und vor allem das Verantwortungsgefühl abgestumpft. Auch die Opferfähigkeit, die sittliche Kraft, für die Nachkommen Entbehrungen auf sich zu nehmen, stirbt dahin, wenn man mit allen Opfern doch nichts Ausschlaggebendes für seine Kinder erreichen kann. Damit wird die Gesamtheit auf die Stufe proletarischer Verantwortungslosigkeit hinabgezogen, denn bezeichnend für das Proletariat ist nicht die Armut, sondern daß man sich um das Schicksal der Kinder nicht kümmert und für dasselbe sich nicht verantwortlich fühlt. Es ist eine bemerkenswerte Erscheinung, daß unter den vielen armen Kindern, die nur unter Entbehrungen der Eltern die Schulen durchlaufen und die Hochschulen erreichen, auch jetzt noch die Kinder des Mittelstandes, also des Handwerks, Kleinhandels, der mittleren und unteren Beamten (auch die oberen Beamten muß man jetzt eigentlich zu dieser Schicht rechnen) bedeutend überwiegen über die Kinder der Arbeiter, obwohl deren finanzielle Lage hinter der jener Schicht wahrlich nicht mehr zurücksteht, sie nicht selten sogar übertrifft. Hier zeigt sich die sozialistische Schulung, denn sie erweckt naturgemäß meist nur das Drängen nach staatlicher Hilfe, von der alles gefordert und erwartet wird, schwächt aber die eigene Opferfreudigkeit ab. Der Sieg des Sozialismus würde diese Erscheinung allgemein machen. Große sittliche naturgegebene Kräfte werden ohne gleichwertigen Ersatz ausgeschaltet und das angebliche Ideal bedeutet eine große Schwächung der sozialen Gesundheit. Zugleich liegt in ihm auch unmittelbar eine ungeheure soziale Gefahr. Denn wenn die Eltern keine Mittel mehr in der Hand haben, ihrer Kinder Lebensweg zu gestalten und zu sichern, wenn die Bestimmung des Berufes ausschließlich durch staatliche Behörden erfolgt, so kommt alle Macht entweder in die Hand der Massen, die über alle Posten in Gestalt der Wahl verfügen, oder in die Hand weniger, die alle Posten zu vergeben haben. Die Beseitigung des Vorsprungs, der einzelnen durch die Eltern verschafft wird, ist mit der größten Unfreiheit aller erkauft.

Dasselbe Bild zeigt sich uns, wenn wir die Durchführung der Gemeinwirtschaft, die berühmte Sozialisierung, unter sozialem Gesichtspunkt ins Auge fassen. Auch hier klingt es bestechend, wenn es heißt, daß die Einzelwirtschaft, bei der die Einzelinteressen ausschlaggebend sind und der Profit des einzelnen angestrebt wird, durch die Führung des gesamten Wirtschaftslebens im Gemeininteresse zum Vorteile der Gesamtheit ersetzt wird. Und doch muß die Sozialisierung bekämpft werden um der großen sozialen Gefahr, die sie mit sich bringt. Wenn alle Betriebe und Tätigkeitsbereiche kommunalisiert oder verstaatlicht sind, so sind wir alle Angestellte oder Arbeiter des Staates, keiner von uns kann mehr einen freien Beruf ergreifen oder sich selbständig machen, ein eigenes Unternehmen gründen. Wenn auch die großkapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Möglichkeit zur Selbständigkeit eingeschränkt hat, so besteht sie doch auf großen Gebieten noch fort. Zahlreiche kleine und mittlere Betriebe in Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Industrie entstehen noch alljährlich. Der Drang, sich auf eigene Füße zu stellen, seinen Lebensweg auf eigene Verantwortung zu suchen, den eigenen Kräften sein Emporkommen zu verdanken, nicht vom Wohlwollen anderer abhängig zu sein, wird verschwinden, weil unmöglich geworden, wenn erst alles sozialisiert ist. Dadurch gehen nicht nur ungeheure Mengen an wirtschaftlicher Energie verloren, sondern auch unentbehrliche rein menschlich hoch zu bewertende Kräfte, die für den sozialen Aufbau notwendig sind. Sind wir erst alle abhängig, dann muß das Verantwortungsgefühl schwinden. Wiederum stoßen wir auf die verhängnisvolle Folge, daß alle Macht in die Hand der Massen kommt, weil sie die Inhaber aller Stellen zu wählen haben, was das Ende jedes sozialen Aufstiegs bedeuten müßte.

Direktion in Elberfeld nicht immer abwarten konnte. Ohne einen gewissen Aufwand ließen sich damals wie auch heute im Auslande keine Geschäfte machen. Es ist bezeichnend, was Gustav Stein in dieser Hinsicht einmal zur Verteidigung an den in Elberfeld lebenden Bruder Karl schreibt: „Man hält uns dort für Verschwender und wir glauben, gerade erst hier die rechte Sparsamkeit erlernt zu haben; daß man aber in Mexiko mit einem Peso bezahlt, was dort für einen Franken oder höchstens einen Gulden gilt, daran sind nicht wir, sondern die Verhältnisse schuld. Auch kann es dem, welcher über Hunderttausende schaltet, nicht dienen, mit dem Kreuzer zu kargen, wie der deutsche Krämer. Er hat höhere Rücksichten zu nehmen.“ Damit hatte er zweifellos recht. Schwerer waren die Vorwürfe, daß der Chefagent Wilhelm Stein Privatgeschäfte zum Nachteil der Gesellschaft mache. Auch diesen Vorwurf suchten die Steins zurückzuweisen. Die Instruktion, welche Wilhelm erhalten hatte, verbot ihm, der Gesellschaft schädliche Privatgeschäfte zu machen. Die Bedingungen, auf welche er in die Dienste des Vereins getreten war, waren keineswegs glänzend; er bezog bei freier Station in der Hauptstadt und auf den Reisen nach und von den Werken ein Jahresgehalt von nur 1000 Talern, daß man ihm private Geschäfte schlechthin untersagen konnte. Die Vorstände der englischen Minengesellschaften bezogen ein 5—6 mal so hohes Einkommen. Stein hatte zudem für den in gedrückter Lage lebenden Vater und für die zum Teil noch in der Ausbildung begriffenen Geschwister in Deutschland mitzusorgen. So hat er selbst auf eigene Rechnung Minen gekauft und Hütten in Betrieb gesetzt, jedoch ohne große Erfolge damit zu haben, auch einer der englischen Gesellschaften hat er gelegentlich mit seinem Rate zur Verfügung gestanden. Durch Aviovertrag und Mutung erwarb er einige Gruben, so in Zacualpan, ein Geschäft, an dem auch v. Gerolt, der zweite Agent der Gesellschaft, der spätere preußische Gesandte in Mexiko, beteiligt war. Sartorius war von Stein mit der Geschäftsführung dieser Gesellschaft betraut, ehe er sich ganz seinen Kolonisationsplänen widmete. Im Juli 1826 trat in diese Gesellschaft als Hauptbeteiligter und Direktor der Engländer George C. Hormann ein. Sartorius behielt die Stelle des ersten Betriebsbeamten. Die Mittel Hormanns waren gering, der Ausbau der Zugutemachungsanstalten verschlang bedeutende Summen. Schon im November 1826 waren 80 000 Pesos ausgegeben und damit Hormanns Vermögen zu Ende. Da er nicht imstand war, die gegen die Besitzer eingegangenen Verbindlichkeiten zu erfüllen, mußte er die Werke schon im Dezember 1826 an Stein und v. Gerolt zurückgeben und auf jeden Ersatz seiner Verwendungen verzichten. Mit Sartorius zusammen leitete nun Gustav Stein das Unternehmen, ohne daß die Eigentümer nennenswerte Unterstützungen hätten gewähren können. An einem eigentlichen Betriebsfonds fehlte es ganz und gar. Die Werke sollten sich durch sich selbst erhalten. Das war bei ihrem damaligen Zustand kaum möglich. Wie beim Bergwerksverein gehörten auch zu diesem privaten Unternehmen Steins mehrere Gruben, die einstweilen nicht betrieben wurden. Stein hoffte wohl, diese Gruben einer neu zu gründenden Gesellschaft, auf deren Gründung er hinarbeitete, zu verkaufen. Auf einen Engländer von Bofoy, mit dem er und v. Gerolt einen Vertrag geschlossen hatten, schien man dabei besonders zu rechnen. Fr. v. Gerolt, der auch in Geschäften des Vereins nach Deutschland reiste, sollte in England auf Wechsel, die Stein ausgestellt hatte, 40 000 Piaster erheben; auch Grube scheint Auftrag gehabt zu haben, in Holland für Stein Kapital aufzubringen. Die geplante Gesellschaft aber kam nicht zustande. So hatten Sartorius, der sich bald ganz seinen kolonisatorischen Plänen widmete, und Gustav Stein wenig Freude an ihrer Tätigkeit. Oft konnten die Löhne nicht bezahlt werden. Eine Grube mit Namen „Carmen“ hielt aber die Hoffnung immer wieder aufrecht. Sie lieferte mitunter 500 Zentner guter Silbererze in der Woche, aber selten lieferte das ganze Unternehmen mehr als 5000 Mark Silber im Jahre. Gustav Stein leitete es, bis 1829 Wilhelm nach seinem Ausscheiden aus dem Bergwerksverein sich um das Unternehmen, aus dem dann später das Hüttenwerk Arco hervorging, kümmerte.

(Fortsetzung folgt.)

oder in die Hand weniger Leiter des Wirtschaftslebens, welche alle Stellen zu vergeben haben. Es ist kein Zufall, daß gerade ein sozialistischen Ideen nahestehender Trustmagnat wie Rathenau gerade diese zweite Gestaltung als Ideal aufstellt, die Beherrschung des ganzen Wirtschaftslebens durch wenige Männer, die sich alle untereinander kennen. So sieht eben Demokratie und Sozialismus in der rauhen Wirklichkeit aus. Dieser sozial höchst ungerechte Abschluß der Sozialisierung kann nicht eindringlich genug allen von sozialistischem Phrasennebel Geblendeten gepredigt werden.

Mit der Gemeinwirtschaft ist aber weiterhin, weil sie planmäßig geleitet werden soll, eine Zentralisierung, also die Beherrschung durch allmächtige Zentralstellen, notwendig verbunden. Die Folge ist eine Gestaltung und Führung des ganzen Wirtschaftslebens ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Betriebe, die wirtschaftlich nicht so günstig arbeiten als andere, gelten nicht mehr als lebenswert und werden zwangsweise stillgelegt zugunsten der besser arbeitenden Unternehmungen — wieder ein Lieblingsgedanke Rathenaus und der Sozialisten. — Jede soziale Erwägung wird bezeichnenderweise ausgeschaltet. Die tatsächliche Entwicklung wird dahin führen, daß die Kleinbetriebe zugunsten der Großbetriebe unterdrückt werden und eine gewaltige Zusammenballung der Industrie in den durch Bodenschätze oder Verkehrswege begünstigten Landesteilen eintritt. Das alles mag rein wirtschaftlich betrachtet zunächst vorteilhaft erscheinen, ist aber mechanistisch gedacht und muß unter sozialem Gesichtspunkt als Unheil angesehen werden. Denn durch Ausschaltung der Kleinbetriebe, des Mittelstandes, werden die Gegensätze maßlos verschärft. Brauchen wir den Mittelstand wirtschaftlich nicht unbedingt, so doch notwendig sozial als Zwischenstufe zwischen arm und reich. Wo in Riesenbetrieben wenigen sehr reichen oder doch sehr mächtigen Unternehmern und Leitern nur die Masse der Abhängigen, Unselbständigen gegenübersteht, können die sozialen Verhältnisse nun einmal nicht ausgeglichen sein. Zwischenstufen brauchen wir auch als sichtbares Zeichen des Vorwärtskommens durch eigene Tüchtigkeit, als anfeuerndes Beispiel, wohin man es durch Fleiß und Sparsamkeit bringt. Gewiß haben auch viele Großunternehmer klein angefangen, doch wirken sie als Beispiele nicht so überzeugend, denn solch rascher Aufstieg ist nur besonders Begabten möglich, nicht dem Durchschnitt, und wird daher von der Menge nicht recht geglaubt, zumal durch die Kriegs- und Revolutionsgewinnler der schnelle Aufstieg in Verruf gekommen ist. Im Mittelstand dagegen haben wir überall leicht faßliche Beispiele, daß man es weiter bringen kann als andere, nicht durch Wohlwollen und Protektion, sondern durch eigene Kraft und Tüchtigkeit. Im Mittelstand läßt sich auch häufig der langsame, aber gesunde Aufstieg von einer Generation zur anderen, das Weiterbauen auf den alten Grundlagen verfolgen und das kann zur sozialen Gesundung viel beitragen. Nie dürfen wir vergessen, daß wir es im Wirtschaftsleben mit lebendigen Menschen zu tun haben, nicht mit toten Ziffern, und daher nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale und psychologische Gesichtspunkte maßgebend sein müssen. Die Sozialisierung vernichtet nun gerade den Mittelstand und die ganze Schicht der Selbständigen, aus denen immer noch die tätigsten und energischsten Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens hervorgehen und die auch die Träger von Verantwortungsgefühl und fester unabhängiger Gesinnung sind. Die Sozialisierung ist auch sozial ein gefährlicher Sprung ins Dunkle. Es ist kein Zufall, daß gerade die Sozialdemokratie für diese Gestaltung eintritt, denn diese und nur diese verspricht ihr den Sieg.

Statistisches Material zu den „Folgen des Versailler Schmachfriedens".

Bevölkerungsverluste.

1. Elsaß-Lothringen	1 874 014	Einw.
2. Neutral-Moresnet	60 924	„
3. Eupen und Malmedy		
4. Saargebiet	647 089	„
5. Posen	1 944 243	„
6. Ostpreußen	164 748	„
7. Westpreußen	1 295 733	„
8. Schlesien	72 744	„
9. Nordschleswig	160 090	„
	6 219 585	Einw.

= 8,8 v. H. der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches.

In den zusammengeballten Massen der Unselbständigen, die nie auf eigenen Füßen stehen, nie eigene Verantwortung kennen, nie ihren eigenen Kräften vertrauen lernen, gedeiht die Stimmung, welche die Sozialdemokratie braucht. Nur dort kann man sich als Proletariat fühlen, als heimatlose und verantwortungslose Masse.

Der Widerstand darf aber nicht bloß der Vollsozialisierung gelten, welche die Sozialdemokratie vorsichtig noch der Zukunft überläßt, sondern muß schon bei der Teilsozialisierung einsetzen, denn jeder Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung ist auch ein Schritt zur Vernichtung des Mittelstandes und der gesunden sozialen Abstufung. Gerade der Mittelstand sollte sich darüber keiner Täuschung hingeben: sind erst Großbetriebe sozialisiert, dann wird der Staat um des finanziellen Ertrages willen, und die Sozialdemokratie, um das Experiment nicht scheitern zu lassen, die sozialisierten Betriebe auf Kosten der nichtsozialisierten möglichst begünstigen und damit einen zunehmenden Druck auf die kleinen Unternehmungen ausüben, die mit Recht als das größte Hindernis für eine umfassende Sozialisierung angesehen werden. Daher müssen alle Kreise der Bevölkerung, die das soziale Heil nicht von zusammengefaßten Riesenbetrieben mit unverantwortlichen Massen, und das politische Heil nicht von der Herrschaft dieser Massen erwarten, der Sozialisierung aus sozialen Gründen entgegentreten.

Selbständigkeit und Unabhängigkeit, Erziehung zu verantwortungsvollen und verantwortungsbewußten Persönlichkeiten muß die soziale Losung sein. Nur die Gesinnung kann das soziale Ideal schaffen, nicht die Organisation. Es war der Fehler des entarteten Liberalismus, des Manchestertums, alles der freien Entwicklung zu überlassen, was nur durchführbar wäre, wenn überall die rechte soziale Gesinnung vorhanden wäre, die den Ausgleich zwischen eigenen und allgemeinen Interessen herbeizuführen die Kraft hätte. Da das noch lange nicht der Fall ist, muß der Staat dort eingreifen können, wo der Egoismus zum Schaden der Allgemeinheit sich breit macht, und vor allem muß an der Bildung der notwendigen Gesinnung mit aller Kraft gearbeitet werden. Der Sozialismus aber ist in den entgegengesetzten Fehler verfallen und erwartet alles von der Organisation und dem Zwange, ohne daran zu denken, daß jede Organisation scheitern muß, wenn sie nicht von der entsprechenden Gesinnung getragen wird. Der jämmerliche Zusammenbruch der Zwangswirtschaft sollte eine Lehre sein, wohin eine Organisation kommt, wenn die Bevölkerung mit ihrer Gesinnung nicht dahinter steht. Dasselbe Schauspiel würde sich aber in katastrophalen Ausmessungen wiederholen, sobald der Sozialismus seine alle Lebensbetätigungen umfassende Zwangsorganisation aufbauen würde, ohne daß das ungeheure Maß von Uneigennützigkeit vorhanden wäre, das den großen Bau zu stützen hätte. Daher kann die Losung nicht sein: „Sozialisierung, Organisation, Zwang um jeden Preis", sondern Stärkung und Ausbildung der sozialen Gesinnung, ohne die jede Organisation versagen muß, die aber, je weiter sie sich ausbreitet, desto mehr den Zwang unnötig macht. Die rechte Gesinnung wird aber bei verantwortungsbewußten, selbständigen Menschen eher vorhanden sein, als bei abhängigen, von Verantwortung nichtswissenden und nichtswollenden Massen. Daher bleibt zur Verbesserung unseres sozialen Lebens nur der Weg übrig, der Sozialisierung entgegenzutreten, die aus der Gemeinschaft selbständiger freier Persönlichkeiten eine Herde im Zwangspferch macht. Die große Aufgabe, zwischen Einzelinteressen und Gemeininteressen den richtigen Ausgleich zu finden, kann nicht vom Sozialismus gelöst werden, der die Freiheit des einzelnen beseitigt und durch alles umfassende Zwangsorganisation die Herrschaft der Allgemeinheit überspannt, sondern muß erreicht werden durch die schwierige und langwierigere, aber schließlich zum Erfolg führende Arbeit an der Gesinnung des einzelnen.

Deutsche Kolonien.

Friedensvertrag Artikel 119, 127.

„Deutschland verliert seinen gesamten Kolonialbesitz. Es verzichtet auf alle aus früheren Verträgen hervorgegangenen überseeischen Rechte und das bewegliche und unbewegliche Eigentum. Diejenige Regierung, die die Verwaltung einer Kolonie übernimmt, darf über die Ausweisung oder Zulassung von Deutschen und deren Betätigung entscheiden."

Dem Deutschen Reiche wird nicht nur sein gesamter kolonialer Besitz geraubt, sondern auch der ganze Privatbesitz in unsern Kolonien ist vogelfrei.

Fast sämtliche deutschen Ansiedler wurden ausgewiesen. Den Ertrag ihrer Lebensarbeit haben sie eingebüßt und sind unter Zurücklassung ihrer gesamten Habe nach Deutschland zurückbefördert worden. Der Verlust unserer Kolonien trifft uns alle auf das Härteste. Schon in den Zeiten vor dem Kriege waren wir darüber uns klar, daß für unsere mit jedem Jahr steigende Bevölkerungszahl die Heimatgrenzen zu eng werden würden. Dies ist jetzt eingetreten, wo wir die Kornkammern von Posen und Westpreußen und andere wichtige Gebiete verloren haben, wo die allgemeine Not ständig wächst. Der Feind sagt selbst in kaltem Hohn, daß zwanzig Millionen Deutsche zuviel auf der Welt sind. Dem Deutschen ist das Ausland fast ganz verschlossen. Durch die Wegnahme unserer Kolonien sind wir jeder Siedlungsmöglichkeit beraubt. Auch hier verlangt der Friedensvertrag von uns eine Unmöglichkeit, die dazu führen muß, daß Millionen von Deutschen jetzt mitten im Frieden entweder langsam dahinsiechen oder in Verzweiflung sich gegenseitig bekämpfen. Heute würden unsere Kolonien uns auch wirtschaftlich eine wertvolle Stütze bieten. Ihre Jahresausfuhr an Kopra, Palmöl, Kernen, Kautschuk, Hanf, Kaffee, Kakao und Baumwolle würde uns jetzt von allergrößtem Nutzen sein. Deutschland könnte seinen Bedarf an Speisefett aus Pflanzenölen zur Hälfte, an Kautschuk zu dreiviertel, an Faserstoffen völlig decken, ebenso würden die Phosphate unserer Südseekolonien fast zur Deckung unseres gesamten Bedarfs an künstlichen Düngemitteln ausreichen.

General von Lettow-Vorbeck,
(früher Oberbefehlshaber in Deutsch-Ostafrika).

„Den Finger drauf.

Deutsche Sozialisten!

Bei einem sozialistischen sächsischen Arbeiterturnfest in Dresden haben sich merkwürdige Begebenheiten zugetragen. Die sozialistischen Turner sollten, ebenso wie die bürgerlichen Turner am 16. Juli, vom Ministerpräsidenten Buck begrüßt werden. Weil aber der Ministerpräsident vor den bürgerlichen Turnern gesprochen hatte, lehnten die unabhängigen Arbeiterturner eine Rede Bucks ab und waren nicht zur Aufgabe ihres ablehnenden Standpunkts zu bekehren. Wegen ihrer Drohung, sich an dem Fest nicht zu beteiligen und es überhaupt unmöglich zu machen, wenn der Ministerpräsident reden würde, gaben die Mehrheitssozialisten klein bei, und Herr Buck durfte seine Rede nicht halten. Diese Groteske wird würdig illustriert durch die Tatsache, daß die Unabhängigen auf der Einladung der tschechischen Sokols bestanden und diesen den Vorrang vor den deutsch-böhmischen sozialistischen Turnern gaben. Diese verließen darauf das Fest, während die Sokols von allen sozialistischen deutschen Arbeiterturnern freudig begrüßt wurden Kommentar überflüssig!

*

Ein „Kompliment" für Erzberger.

Der Matin beschäftigt sich mit dem jüngsten Buch und der Tätigkeit Erzbergers. Er schildert ihn ganz ausgezeichnet in seiner Vielgeschäftigkeit und Oberflächlichkeit. Vielleicht erweist das französische Blatt unserem Erzberger zu viel Ehre, indem es ihn mit Thiers vergleicht, der denn doch sowohl als Staatsmann wie als Gelehrter und Historiker weit über unserem Hans Dampf in allen Gassen steht. Aber interessant ist der Schlußsatz: „Die Leser können aus Erzberger etwas lernen, was für einen Franzosen besonders wichtig ist, daß nämlich Deutschland keineswegs etwas Einheitliches und Unteilbares ist. Und zweitens, daß es trotz gegenteiliger Beteuerung im Kriege vollständig durch Waffengewalt besiegt war." Namentlich die erste dieser beiden Feststellungen sollte Herrn Erzberger über seine verhängnisvolle Tätigkeit die Augen öffnen, wenn es überhaupt möglich wäre, ihn einmal zu ernsten Nachdenken zu veranlassen. Vielleicht tragen die Ausführungen des französischen Hetzblattes auch dazu bei, einigen seiner blinden Anhänger in der Zentrumspartei die Augen zu öffnen über die Art von Erfolgen, deren sich ihr verehrter Führer erfreuen darf.

Äußerungen Stresemanns zur Lage.

Der Berliner Berichterstatter des Figaro hatte eine Unterredung mit Dr. Stresemann, der folgendes geäußert haben soll:

Das Kabinett Wirth wurde gegen den Willen der Volkspartei gegründet. Die Haltung der Volkspartei gegenüber der Regierung wird von der Steuerpolitik abhängen. Man kennt das Steuerprogramm noch nicht genügend, aber die Volkspartei ist bereit, die auswärtige Politik des Kabinetts zu unterstützen, soweit diese sich auf die Ausführung des Ultimatums bezieht. Hierin sind die Parteien einig. Man hat die Bedingungen des Ultimatums angenommen und wird sich bemühen, sie auszuführen. Wenn aber Dr. Wirth auf Anregung seiner sozialistischen Anhänger neue Steuern nur dadurch aufbringen will, daß er Privateigentum und Industrie übermäßig hoch besteuert, dann kann man ihm auf diesem Wege nicht folgen. Damit die deutsche Industrie Gewinn abwerfen kann, muß jeder Gedanke einer Sozialisierung, der gleichbedeutend mit Defizit ist, aufgegeben werden. Aber das wird Dr. Wirth der Gefahr aussetzen, die Unterstützung der Sozialisten zu verlieren. Er wird sich also in dem Dilemma befinden: entweder muß er Einnahmen ohne oder gegen die Industrie suchen. Es ist vergeblich, daran zu denken, daß man die dem Verband versprochenen Summen mit Steuern auf Schmucksachen oder auf das Vermögen finden könnte, oder indem man die Einkommensteuer noch erhöht. Nur eine weitblickende Steuerpolitik, die auf indirekten Steuern aufgebaut ist, wird die nötigen Einnahmequellen erschließen.

Dr. Stresemann sprach dann über die Beziehungen Deutschlands zu den Verbandsmächten. Als 1914 der Krieg ausbrach, empfand man Haß gegen die Engländer, Verachtung für die Russen, aber Hochachtung für die Franzosen. Heute, nach zwei Friedensjahren, richtet sich die ganze Feindschaft Deutschlands gegen Frankreich, während seine Sympathien sich England zuwenden. Die Ursache dieser Wandlung ist die nüchterne Politik Lloyd Georges, der von Zeit zu Zeit das Gefühl der Niederlage bei den Besiegten durch liebenswürdige und geschickte Worte zu mindern versteht. Die franz. Regierung scheint jeden Versuch einer Versöhnung durch die Brutalität ihrer Formen verhindern zu wollen. Die französische Slawenpolitik ist für Deutschland unverständlich. Sie unterstützt Polen. Man kann nicht gleichzeitig der Freund Polens und der Verbündete Rußlands sein, die einander hassen und eines Tages in Krieg geraten werden. Dr. Stresemann fragt, ob Frankreich Polen retten könne, wenn dieses von 120 Millionen Slawen bedroht sein werde. Er fragt weiter, was mit dem Danziger Korridor geschehen werde. Die Franzosen könnten sich nicht vorstellen, welche Reibungen für Deutsche und Russen sich dort täglich ereigneten. Man sei ständig den Quälereien polnischer Beamter ausgesetzt. Briand hatte in seinen letzten Reden, schloß Stresemann, einen etwas versöhnlicheren Ton angeschlagen, der in Deutschland einen günstigen Eindruck gemacht hat. Es wäre aber gut, wenn man in Frankreich die so opportunistische Politik Lloyd Georges beachtete, der sich von gefühlsmäßigen Erwägungen nicht in Verlegenheit bringen läßt, und dem es innerhalb zweier Jahre gelungen ist, die deutsche öffentliche Meinung für sich günstig zu stimmen.

Aus der Partei.

Parteitag der Deutschen Volkspartei des 20. Wahlkreises.

Bekanntlich findet am 17. und 18. September in Lüdenscheid der in der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses am 13. Mai beschlossene diesjährige Parteitag unserer Partei des Wahlkreises Westfalen-Süd statt. Nachstehend geben wir eine Übersicht über die geplante Veranstaltung bekannt:

Samstag, den 17. September:

10 Uhr vorm.: Sitzung des geschäftsf. Ausschusses.
3,30 Uhr nachm.: Sitzung des Hauptvorstandes.
3,30 Uhr nachm.: Sitzung des Jugendausschusses.
6 Uhr nachm.: Sitzung des Privatangestellten-Ausschusses.
6 Uhr: Sitzung der Arbeiter.
6 Uhr: Sitzung des Frauen-Ausschusses.
6 Uhr: Sitzung der Beamten.
6 Uhr: Sitzung der Handwerker und Kleingewerbetreibenden.
6 Uhr: Sitzung der Landwirte.
6 Uhr: Sitzung der Stadt- und Gemeindeverordneten.
6½ Uhr abends: Freie Bewirtung der Jugendgruppen.
8 Uhr abends: Fackelzug zur Bismarcksäule, dortselbst Jugendweihestunde und Bannerweihe.
9 Uhr abends: Begrüßungs-Abend.

Sonntag, den 18. September:

10 Uhr vorm.: Vertreterversammlung.
1. Bericht über Tätigkeit im Wahlkreise.
2. Politische Lage.
3. Wirtschaftsfragen:
   a) Wirtschaftliche Folgen des Ultimatums.
   b) Industrie.
   c) Landwirtschaft.
   d) Arbeiter.
   e) Mittelstand und Handwerk.
   f) Beamte und Angestellte
   g) Frauenfragen.
   h) Kulturfragen.

5 Uhr nachm.: Große öffentliche Versammlung.

Wie aus Vorstehendem ersichtlich, ist das Programm ein reichhaltiges und interessantes. Die Ortsgruppen werden gebeten, möglichst viel Vertreter nach Lüdenscheid zu entsenden.

Von der Geschäftsstelle Siegen, Brüderweg 1, erhalten die namhaft gemachten Vertreter weitere Auskunft.

Die Not der Beamten.

Die Abgeordneten Meyer (Herford), Hollmann (Lichtenberg), Jachmann, Schwarzhaupt, Dr. Steffens haben folgende dringende Anfrage an die preußische Regierung gerichtet:

Aus allen Teilen des Landes, nicht nur aus den Großstädten, Industriegebieten und dem besetzten Gebiete, kommen erschütternde Klagerufe über die zunehmende Not der Beamtenschaft.

Die erhöhten Gehälter reichen kaum hin, um das tägliche Leben zu fristen, gewähren aber nicht die Mittel, um den Beamten und ihren Familienmitgliedern den immer dringlicher werdenden Ersatz an Kleidung, Wäsche und Haushaltungsgegenständen zu verschaffen und um irgend welche Vorräte für den Winter einzukaufen.

Nachdem die infolge der neuen Besoldungsgesetze erfolgten Nachzahlungen verbraucht sind und jetzt die Preise ganz allgemein wieder anziehen, insbesondere in erheblichem Maße für die notwendigsten Lebensmittel, z. B. Brot, Margarine, Butter, Milch, Kartoffeln, Gemüse, gerät die Beamtenschaft in ihrer steigenden Not in Verzweiflung und Erbitterung über ihre Lage, weil sie sich aus dieser selbst durch die größte Sparsamkeit nicht retten kann.

Auch für das Staatswohl ergeben sich hieraus die ungünstigsten Wirkungen.

Ist das preußische Staatsministerium bereit, schleunigst in ausreichender Weise zu helfen durch die Gewährung einer angemessenen einmaligen Wirtschaftsbeihilfe und eine wesentliche allgemeine und gleichmäßige Erhöhung der Ausgleichs- und Versorgungszuschläge, gegebenenfalls unter Mitwirkung des Landtags oder seiner zuständigen Ausschüsse?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Siegen-Süd.

(Meldung des Bezirks.)

Der Bezirksverein wird auf dem Vertretertag Westfalen-Süd in Lüdenscheid nach Beschluß des Vorstandes durch 4 seiner Mitglieder, 1 Dame und 3 Herren, vertreten sein. Zu dem Wigrowfest im September bitten wir unsere Mitglieder auch an dieser Stelle nochmals um zahlreiche Beteiligung.

Eiserfeld.

Herr Direktor Steffe, ehemaliger Vorsitzender der Ortsgruppe Eiserfeld der alten nationalliberalen Partei, auch später noch der Deutschen Volkspartei, feierte am 18. d. M. seinen 70. Geburtstag. Dem treuen Parteifreunde hat der Vorsitzende des Kreisvereins seine besten Glückwünsche übermittelt.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei, Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhaus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Kabelwerk „Nassau“
Aktiengesellschaft
Haiger 10 (Nassau)

liefert als Spezialität [†356

Nulleiter
in allen Dimensionen, rot und wetterfest
Fassungsader
N G A- u. G A-Leitungen
von 1—150 qmm in schwarz, weiß, rot und wetterfest
nach den Vorschriften des V D E.

Große Mengen
Kartoffeln
für Industrie- und Bergwerke sowie Private ab hannoverscher Station in Wagenladungen abzugeben.
Ferner gutes Heu, Kleeheu u. Stroh
empfiehlt
Wilhelm Friedhoff, Bochum, Ottostraße 8.
Telephon 1310 und 3470. [†184

Gelegenheitskauf!
Handwagen-Ausverkauf
ca. 800 Stück.

Wegen Aufgabe unseres Betriebes verkaufen wir **Handleiterwagen** mit sehr starken Rädern, mit Tempergußnaben und starkem Holzbau, 80, 90, 100, 120 und 150 cm lang, zu **bedeutend herabgesetzten Preisen.**
— Musterwagen gegen Nachnahme. —
Heinrich Afflerbach & Söhne
†9) **Erndtebrück** i. Westfalen.

Für Wirte!
Grammophon-Stand-Automat, mit Geldeinwurf, mit großem Plattenschrank und Buntglasverzierung, Eckſäulen mit Messingbändern, Möbel echt Eiche, mit großem, mehrfach gewundenem Trombophon-Schalltrichter in echt Messing, Friedensausführung, so gut wie neu, mit sehr zahlreichen Platten, ist sofort sehr preiswert zu verkaufen bei
Gastwirt **Gustav Schol,**
†621] **Allendorf**, Dillkreis.

„Der Beobachter“
ist in

Siegen	Montanus, Filiale Kölner Tor 2
Siegen	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Kreuztal	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Erndtebrück	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Altena i. W.	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Letmathe	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Neheim-Hüsten	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Finnentrop	Bahnhofsbuchhandlung Montanus

käuflich zu haben.
Wir bitten unsere Leser, bei Reisen von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen.

Fenster- Roh-Draht- Spiegel- Flachglas jeder Art **Glas**
liefern
Denzer & Wurm G. m. b. H.
Marienborner Strasse 10 ***Siegen*** *am Bahnhof Hain*
Fernruf Nr. 1433.

Installationsgeschäft.
Neuanlagen, Reparaturen u. **Verlegung von Zentralheizungen** aller Systeme, **Verlegen von Rohrleitungen** an **Gas-, Wasser-, Dampf-** und **sanitären Anlagen** werden ausgeführt.
Otto Link, Siegen (Westf.),
Frankfurter Straße 23.

In 40 Minuten verladefähig sind die mit meinem
Universal-Eisenlack
— — — gestrichenen Materialien. — — —
Selbst bei der größten Inanspruchnahme ist ein Brechen u. Reißen dieses Lackes vollständig ausgeschlossen.
Preis: Im Faß Mark 5.—, in Kannen (nicht unter 25 kg) Mark 5.40 per kg ab hier ausschließlich Verpackung.
Wennemar Gatermann, Lack- und Kittfabrik, Eiserfeld (Sieg).

Deutsche Volkspartei

Der für den 28. Aug. 1921 angesagte **Deutsche Tag** auf der Wigrow bei Dahlbruch kann Verhältnisse halber
= nicht stattfinden. =

Burmeister & Horn
G. m. b. H.
Eisen-Großhandlung
Herne i. W.
Drahtanschrift: Eisenhandel Fernsprecher 92, 93 u. 94

Stabeisen, I- u. U-Eisen, Bleche, Bandeisen, Schrauben, Nieten, Röhren usw.
Prompte Lieferung ab Werk und Lager.

Anfragen erbitten wir an unsere Verkaufs-Firma:
Ernst Giesler & Co.
Kreuztal (Kreis Siegen)
Fernsprecher 108.

Habe mehrere Waggons
Birnen u. Aepfel
abzugeben. [†676
Jakob Stahl, Niederhadamar.

Das D.V.P.-Nachrichtenblatt
muß in jedem Verein in mindestens einem Stück gelesen werden. Es unterrichtet über alle wichtigen politischen Vorgänge, versorgt die Vereine und Redner mit Stoff, bringt die Ankündigungen und Mitteilungen der Parteileitung und Reichsgeschäftsstelle, ist somit
für alle Vorstände unentbehrlich.

Es wird nur an eingeschriebene Parteimitglieder geliefert; Bestellungen an die Reichsgeschäftsstelle Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226.

Bezugspreis vierteljährlich 5,40 M. einschl. Bestellgeld.